

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
 der Freien Stadt Danzig
 Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile 4.— Mk. von
 auswärts 5.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen
 nach bel. Tarif, die 3-gespaltene Anzeigenzeile 12.— Mk.
 von auswärts 15.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt.
 Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945.
 Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Aus-
 nahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: In
 Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 12.— Mk.,
 vierteljährlich 38.— Mk.
 Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Nr. 81 Mittwoch, den 5. April 1922 13. Jahrgang

Die Verfassungsänderung abermals gescheitert.

Gestern ist im Volkstag die Senatsvorlage auf Abänderung der Verfassung abermals in dritter Beratung gescheitert. Für die Annahme des Senatsentwurfs stimmten der gesamte Bürgerblock und die Polen. Die Sozialdemokratie stimmte gegen den Senatsentwurf, während die Kommunisten und Unabhängigen an der Abstimmung nicht teilnahmen. Da aber für die Abänderung der Verfassung die Anwesenheit von zwei Dritteln der Abgeordneten notwendig ist, war die Vorlage abermals gescheitert, da nur 78 Abgeordnete in der Schlussabstimmung ihre Stimmen abgaben.

Die Sozialdemokratie hat dieses Mal die Abstimmung nicht sabotiert, sondern bei derselben gegen die Senatsvorlage gestimmt. Hätten die bürgerlichen Parteien nicht so starr an ihrem Prinzip gehalten und alle Abänderungsanträge der Linken abgelehnt, so wäre die Verfassungsänderung einstimmig angenommen worden. Die Anträge der Linken verlangten nur die volle parlamentarische Verantwortlichkeit des Senats, eine politische Forderung, die heute in fast allen Staaten der Welt erfüllt ist. Aber die Deutschnationalen haben von jeder Katastrophenpolitik getrieben und ihren Willen auch diesmal im Senat durchgesetzt. Zwar bestritten sie gestern sehr lebhaft, daß sie im Senat die ausschlaggebende Partei sind und die Regierungsmehrheit haben. Dem steht gegenüber, daß die Vertreter der Deutschen Partei und des Zentrums bisher stets erklärten, daß sie das Elektrizitätsgesetz deshalb nicht durchsetzen konnten, weil beide Parteien im Senat nicht die Mehrheit haben. Und daß in Danzig stramm nach deutschnationaler Rezept regiert wird, bekommt die Bevölkerung täglich genug zu spüren. Wir wissen uns frei von der Demagogie der Deutschnationalen, die in Deutschland all die bösen Nachwirkungen des verlorengegangenen Krieges und des Friedensbittates von Versailles der Revolution und der jetzigen Regierungsmehrheit in die Schuhe schieben. Aber darüber besteht kein Zweifel, daß in Danzig so regiert wird, wie es einige wenige Großkapitalisten wollen. Wir brauchen dabei nur an die Sabotage des freistaatlichen Elektrizitätsgesetzes zu erinnern, die die Deutschnationalen dem Werkbesitzer Carlson zu Liebe bisher ausgeübt haben. Wir brauchen ferner nur darauf hinzuweisen, daß der Bürgerblock bei der Beratung des Erwerbslosenfürsorgegesetzes seine eigenen Beschlüsse widertrat, als sozial waren. Die gestrige Beratung des vorläufigen Haushaltsgesetzentwurfs für 1922 gab der Sozialdemokratie Gelegenheit, die reaktionäre und volksausbeuterische Politik des deutschnational orientierten Senats zu beleuchten. Gen. Gehl wies in seiner Etatsrede den Deutschnationalen und darüber hinaus dem gesamten Bürgerblock das lange Register der Sünden nach, die der Senat bisher am Danziger Volk ver schuldet hat.

Aber die Deutschnationalen sind unbelehrbar. Sie sabotierten noch im Kriege die Reform der preussischen Dreiklassenwahl. Sie schwächten noch von Fortsetzung des Krieges, als die Fronten längst zusammengebrochen waren. Sie wollten die Politik des Kommissärs und des monokelchaffenen Deutnants, die dem deutschen Volke einen so urchtlichen Stamm wie die Kaiser so entfremdete, daß sie im November 1918 den Einzug der Franzosen in Elb-Polbringen wie eine Erlösung betrachteten; diese Politik wird auch im Danziger Senat betrieben. Wenn die Frage der Verfassungsänderung auch diesmal nicht in Danzig selbst gelöst werden konnte, so trägt daran, wie schon gesagt, nur die Halsstarrigkeit des Bürgerblocks die Schuld. Was der Völkerbund nunmehr in der Verfassungsfrage unternehmen wird, steht noch im Dunkeln. Zu der im Mai stattfindenden Völkerbundstagung ist die Genehmigung der Freistaat-Verfassung auf die Tagesordnung gesetzt worden. Ob der Völkerbund nunmehr die Verfassungsänderung diktieren wird, steht noch dahin. Andere Neuerungen an der Verfassung als die Herabsetzung der Amtsdauer der hauptamtlichen Senatoren kann er nicht vornehmen, da solche im Volkstag nicht zur Beratung gestanden haben.

Lärmjenern im preussischen Abgeordnetenhaus.

Bei der Besprechung der bekannten Vorgänge im Richterfelder Arbeiterhaus kam es im Abgeordnetenhaus zwischen der Rechten und der Linken zu leb-

haften Zwischenfällen. Als der unabhängige Sozialist Eohn äußerte, die bekanntesten Schüler der Arbeiteranstalt Hindenburg und Ludendorff hätten in ihren Schriften das Gegenteil von Besenermut, sie hätten Feigheit bewiesen, kam es zu feindseligen Äußerungen im Hause. Dem Beifall der äußersten Linken folgten von den Bänken der deutschnationalen Rechten die Zurufe: Jüdische Frechheit! Mehrere unabhängige und kommunistische Abgeordnete drangen auf die deutschnationalen Juristen ein. Der Unabhängige Meier wurde von seinen Freunden von Tücheltten zurückgehalten. Von links und rechts fielen Schmähsprüche. Der Abg. Schulz-Neukölln warf einige Geste Protokolle nach einem deutschnationalen Gegner. Schließlich gelang es dem Präsidenten Reinert die Ruhe wieder herzustellen.

Ein politisches Attentat in Ungarn.

Bei einem gestern abend im Elisabethstädter Klub von den demokratischen Politikern Raffay und Rupert veranstalteten Essen erfolgte eine Explosion, die eine Mauer zum Einsturz brachte und eine Anzahl Fenster zertrümmerte. Ferner wurden durch die Explosion 7 Personen getötet und etwa 20 schwer verletzt. Man glaubt, daß die Explosion auf eine Köllnmaschine zurückzuführen ist, die neben dem Ofen versteckt worden war. Der Minister des Innern besah sich an den Tatort, um Erhebungen einzuleiten.

Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich um ein Attentat der ungarischen Reaktionäre, die in dem augenblicklich tobenden Wahlkampf durch blutigen Terror die Arbeiterschaft und die freiheitlich gesonnenen Kreise des Bürgertums einschüchtern wollen.

Die internationale Sozialistenkonferenz.

Die Bedingungen der 2. Internationale.

Das Plenum des allsozialistischen Kongresses ist gestern erneut zusammengetreten, nach dem am Montag zwischen den drei Internationalen eine gewisse Verständigung über den Fortgang der Konferenz erzielt worden war. In der gestrigen Sitzung führte Clara Zetkin den Vorsitz. Sie teilte mit, daß zunächst für die Zweite Internationale Mac Donald, dann ein Redner der Wiener Arbeitsgemeinschaft und nachher Serrati (Italien) sprechen werden; der Verlauf der Debatte werde zeigen, „ob wir es für notwendig halten, mit der Debatte fortzufahren“.

Mac Donald führte in seiner Rede aus, daß er die Hoffnung auf eine Verständigung noch nicht aufgeben, denn die Erklärungen Clara Zetkins bezüglich einer Einheitsfront der 3 Internationalen unter Zurückstellung aller Sonderinteressen ließe die Tür für weitere Verhandlungen offen. Als Vorbedingung für eine allgemeine Konferenz verlangte Mac Donald die Anerkennung folgender Diskussionspunkte: 1. Die Ablehnung der Bessentaktik, 2. das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung von Georgien, 3. die Freilassung der von den Bolschewiken als politische Verbrecher verhafteten Menschewiki und Sozialrevolutionäre. Mac Donald setzte sich dafür ein, daß ein allgemeiner Schritt zur Annäherung der politischen Gefangenen bei der ungarischen und der bayerischen Regierung unternommen wird. Die Aktion könne noch vor Ende des Sommers stattfinden, wenn diese Bedingungen erfüllt werden.

Serrati bedauerte, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Füßen getreten werde, bekämpfte aber auch, daß man der Sowjetregierung Bedingungen zur Annahme in ihrer schwersten Zeit stelle. Wenn man das Selbstbestimmungsrecht verlange, so muß man es für alle Staaten fordern. Auch die allgemeine Konferenz müsse vor allen Dingen über die vorhandene Kriegsgefahr und über die bestehenden Friedensverträge beraten.

Madel erklärte, es sei erforderlich, auf der Konferenz auch den Versailler Vertrag zu besprechen. Mac Donald sei für eine Freiheit, wie er sie meine, und darum sei die Labour party der Helfershelfer des englischen Imperialismus. England interessiere sich für die kleinen Länder, wenn es sie noch

nicht gefressen habe. Nachdem Madel schärfstens betont hatte, daß die 3. Internationale keinerlei Bedingungen akzeptieren könne, stimmte er dem Vorschlage Bauer-Wien auf eine Demonstration des gesamten internationalen Proletariats gegen die Genuefer Konferenz und dem Versuch neuer Ausplünderungen zu.

Die Fahrten nach Genua.

Die russische Delegation für Genua mit Schlichterin, Litwanoff und Jaffe an der Spitze hat gestern abend Berlin verlassen. Krassin hat sich nicht nach Genua begeben, sondern wird vielmehr nach London fahren, wo er Verhandlungen zu führen hat.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, es sei nicht richtig, daß die Reichsregierung mit der russischen Delegation für Genua Abmachungen für ein gemeinsames Vorgehen getroffen habe.

Die französische Delegation für Genua wird in 3 Abteilungen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend von Paris abreisen. Der Führer der Delegation Justizminister Barthou reist Sonnabend vormittag ab.

Nach Angaben des Temps ist bisher bei der französischen Regierung kein offizieller Schritt erfolgt, durch den die französische Delegation zur Teilnahme an einer Vorbereitungs für Genua eingeladen wurde. Anscheinend sei den französischen Delegierten nur der Vorschlag gemacht worden, nach dem Beispiele Lloyd Georges früher nach Genua zu kommen. In seinem Leitartikel spricht der Temps die Hoffnung aus, daß die französischen Delegierten sich zu keiner dieser Zusammenkünfte vor Eröffnung der Konferenz hergeben würden, auf denen angeblich nichts beschloffen werden solle, in Wirklichkeit aber die Schlacht verloren werden könne, bevor sie noch begonnen habe.

Montag ist die finnländische Genua-Delegation, mit dem Ministerpräsidenten Bannola und dem Kopenhagener finnländischen Gesandten Jbman an der Spitze, in Berlin eingetroffen. Die genannten beiden Herren nebst dem Pariser finnländischen Gesandten Enkela, der direkt von Paris nach Genua reist, bilden, von Sachverständigen begleitet, die finnländische Genua-Delegation.

Fünf Jahre russischer Revolution.

Auf der Berliner Sozialistenkonferenz geben sich die Bolschewiken wieder als die Verfechter des reinen Kommunismus. Durch ihre Sekten-theorie haben sie aber Rußland in fünf Jahren völlig zugrunde gerichtet. Der nachfolgende Artikel, der uns von besonderer Seite aus Petersburg zugeht, gibt einen Einblick auf diese Zeit.

Fünf Jahre sind es jetzt, seit in den Märztagen des Jahres 1917 die Flamme der Revolution in Petersburg emporzüngelte und in wenigen Tagen das ganze Zarenreich erfaßte. Fortgesetzt wurde die zaristische Monarchie, zertrümmert wurden die Machtpositionen des Hofes, des Junkertums, des hohen Klerus, und auf den Trümmern des zusammengebrochenen Zarentums erhob sich, getragen von der Welle der Revolution, die demokratische Republik, in der die proletarischen Parteien schnell einen sehr großen Einfluß gewannen und gestützt auf die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte einen großen Teil der politischen Macht an sich rissen.

Die Periode, die unmittelbar nach der Märzrevolution einsetzte, war gekennzeichnet durch ein ungeheures Anwachsen der Massenbewegung in Stadt und Land und durch die Aufrollung aller jener politischen, wirtschaftlichen und nationalen Probleme, die schon vor der Revolution des Jahres 1905/06 auf die Tagesordnung der Geschichte gestellt waren. Jetzt traten alle diese Probleme in einem Zeitpunkt in den Vordergrund, in dem die Situation durch den Weltkrieg erschwert und aufs äußerste kompliziert war. Die siegreiche revolutionäre Demokratie verflüchtete zwar vom ersten Augenblick an der ganzen Welt ihre Bereitschaft zu einem annexionslosen Frieden, sie stieß aber im eigenen Lande auf den Widerstand der großkapitalistischen Kreise, die mit allen erdenklichen Mitteln das Friedenswerk sabotierten, und sie fand andererseits weder in den Mittelmächten, noch in den Entente-

Erhöhung aller Straßenbahnfahrpreise um 100 Prozent.

Der Verkauf des Karrenwallgeländes abgelehnt. — Neuregelung der Ausgleichszuschläge für Beamte und Angestellte.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich erneut mit der Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. Der Senat verlangt eine 100prozentige Tarifierhöhung und die Befestigung der Vergünstigung für Beihilfliche. Die Zentrumsvorrede, mit deren Hilfe die Linien damals die Beschlässe durchdrücken, verlagten diesmal. Diese „rückgrastesten“ Volkstvertreter stimmten diesmal gegen die Anträge der Linken und traten für die Senatsvorlage ein. Um den Mangel zu verdecken, brachte das Zentrum dann eine Entschädigung ein, die von der Straßenbahngesellschaft zur Kenntnis genommen wird und dann in den Papierkorb wandert. Es war bisher ein leidiger Mangel, daß die Danziger Beamten und Angestellten die Steuererhöhungen immer ein Vierteljahr später erhielten, als ihre Kollegen im Reich. Durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung ist der Senat ermächtigt worden, derartige Zulagen auch in Danzig sofort auszusahlen. Der Plan, auf dem Karrenwall, gegenüber der Reichsbank ein Bureauhaus zu errichten, steht in der Stadtverordnetenversammlung auf heftigen Widerstand. Der Pole v. Budzynski machte dunkle Andeutungen über die deutschnationalen Hintermänner des Projekts. Stadtv. Gen. Wollhagen trug in längerer Rede die Gründe vor, die gegen den Verkauf des Geländes sprachen. Die Deutsche Partei lehnte ebenfalls ab. Senator Dr. Leske wartete die Stellungnahme des Zentrums und der Deutschnationalen gar nicht ab, sondern zog die Vorlage zurück.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war zu Anfang nur schwach besucht, was wohl in erster Linie zurückzuführen war, daß gleichzeitig der Volkstag saß. Die Verhandlung wurde eröffnet mit der Beratung eines Antrages von Stadtverordneten betr.

Gleichstellung der Danziger Beamten, Lehrer, und Angestellten mit denen im Reich und in Preußen.

Ein Zusatzantrag verlangte, daß auch die Arbeitsstandsbeamten und Beamtenhinterbliebenen die gleichen Ansprüche haben.

Stadtv. Meinte (Dnall.) begründete den Antrag und machte darauf aufmerksam, daß der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 25. Oktober 1921, den Arbeitsstandsbeamten die gleichen Bezüge wie in Preußen zu gewähren, noch nicht durchgeführt ist.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) rügte, daß einzelnen Angestellten der Gruppe B, die in das Beamtenverhältnis überführt wurden, ein Monatsgehalt vorenthalten wurde. Weiter mißbilligte Redner, daß den Angestellten unverhältnismäßig hohe Abzüge zur Deckung der Vorkasse gemacht werden.

Stadtv. Mohde (D.P.) trat für den Antrag ein, bei dem bisherigen Zustand hätten die Danziger Beamten ein Vierteljahr später als ihre deutschen Kollegen die Zulagen erhalten.

Senatspräsident Dr. Ziehm wies darauf hin, daß dieser Antrag dem Senat die Möglichkeit gibt, zur gleichen Zeit wie in Deutschland die Zulage zu zahlen. Das sei insofern von Vorteil, weil die Gehaltsaufbesserungen am 1. April in Deutschland, die für untere und mittlere Beamte bis 60 Prozent betragen, auch in Danzig gezahlt werden können. Bezüglich der Vorkassenzahlungen sei angeordnet worden, daß bis zu einem Einkommen von 25 000 Mark höchstens 500 Mark auf einmal abgezogen werden.

Stadtv. Fuhlsbüggel (D.P.) wünscht, daß die erhöhten deutschen Beamtengelder innerhalb 14 Tagen auch in Danzig gezahlt werden.

Stadtv. Gen. Zukaschewski betonte, daß die Arbeitsfreudigkeit der Angestellten nicht gehoben wird, wenn sie so lange auch ihre Bezüge warten müssen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Erhöhung der Straßenbahntarife.

Der Senat teilte der Stadtverordnetenversammlung mit, daß er den Beschlüssen der letzten Stadtverordnetenversammlung nicht beitreten könne. Anstoß hatte erregt, daß einzelne Linien nur um 75 Prozent erhöht werden sollten, ferner, daß Schüler und Lehrlinge die gleichen Vergünstigungen genießen sollten, wie Studenten. Der Senat verlangte eine 100prozentige Fahrpreiserhöhung und Aufhebung des Beschlusses betr. Vergünstigung für Lehrlinge.

Stadtv. Dr. Herrmann (D.P.) trat für eine 100prozentige Erhöhung der Tarife ein. Der Beschluß betr. der Beihilfliche sei undurchführbar. Die Durchführung der Beschlüsse der letzten Stadtverordnetenversammlung würde einen Ausfall von 2 1/2 Millionen Mark verursachen. Redner hat die Vorlage des Senats so schnell wie möglich anzunehmen, da jeder Tag 41 000 Mark Mindereinnahmen verursacht.

Stadtv. v. Budzynski (Pole) verurteilte, daß die Straßenbahngesellschaft ohne Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die Preise für Zeitkarten erhöht hat. Redner kündigte an, daß er seinen Antrag, die Linien Ddra, Emaus, Neufahrwasser nur um 75 Prozent zu erhöhen, erneut einbringen werde. Weiter beantragte Redner, daß auf der Strecke nach Schildlich eine Teilstrecke am Josephshöheim, und auf der Linie nach Ddra eine Teilstrecke an der Schönfelder Brücke mit geringeren Preisen eingerichtet werden.

Stadtv. Kunze (U.S.P.) stellte fest, daß der Senat veranlaßt worden ist, der Vorlage nicht beizutreten. Am Tage nach der Stadtverordnetenversammlung traten die bürgerlichen Parteien zusammen und kamen überein, den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wieder umzusetzen. Das Zentrum sei wieder umgefallen und erklärt jetzt, daß es den Beschluß bezüglich der Beihilfliche nicht aufrecht erhalten könne. Der Antrag sei wohl durchführbar. Redner machte dann hieb- und zuckfreie Vorschläge.

Stadtv. Gwert (B.) erklärte, daß die Zentrumsfraktion der Senatsvorlage zustimmen werde. Redner legte eine Entschädigung vor, in der Fahrpreiserhöhung für

Schüler und Lehrlinge und die Einführung von Beher- und Duobankarten gefordert wird.

Senator Kunze vertrat den Standpunkt, daß der Straßenbahnbetrieb nur dann wirtschaftlich bleiben kann, wenn die geforderten Tarifierhöhungen bewilligt werden. Im Vergleich zu anderen Städten wären die Fahrpreise sehr niedrig. Die verschiedenen Vorschläge seien nicht annehmbar.

Stadtv. Jaffe (D.P.) regte nochmals an, den Besuchern der Fortbildungsschule zum Besuch des Schulunterrichts Fahrpreisermäßigung zu gewähren.

Stadtv. v. Korfleisch (Dnall.) wünschte die gleichen Vergünstigungen für die Besucher der Handelsschule. Stadtv. Nitz (D.P.) erklärte, daß er zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß eine 100prozentige Fahrpreiserhöhung eintreten müsse. Stadtv. Dr. Herrmann (D.P.) wandte sich gegen die beantragte Einführung von Teilstrecken, das bedeute eine weitere Bevorzugung der Linken Emaus und Ddra.

Stadtv. Gen. Vorherr trat warm dafür ein, daß den Besuchern der Fortbildungsschule eine Fahrpreisermäßigung zuteil wird, der dadurch entstehende Ausfall sei unerheblich. Die Ablehnung des Antrages würde eine Zurücksetzung der Arbeiterkinder gegenüber den Kindern des Bürgertums bedeuten.

Stadtv. Braun (B.) wies darauf hin, daß es eigenartig sei, daß Dr. Herrmann stets so energisch für die Interessen der Straßenbahngesellschaft eintritt. Die Zurückweisung des Stadtverordnetenbeschlusses durch den Senat habe einen schlechten Eindruck gemacht.

Bei der Abstimmung wurden die Anträge auf Einrichtung von Teilstrecken auf den Linien Ddra und Emaus gegen die Stimmen der Linken und Polen abgelehnt. Gegen die gleichen Stimmen auch der Antrag, für diese Strecken nur eine 75prozentige Fahrpreiserhöhung eintreten zu lassen. Das Zentrum, das in der letzten Sitzung einer 75prozentigen Erhöhung zustimmte, stimmte diesmal dagegen. Abgelehnt wurde auch der Antrag Kunze, sämtlichen Lehrlingen Fahrpreisermäßigungen für die Fahrt von der Wohnung zur Lehrstelle zu gewähren. Für den Antrag stimmten 13, dagegen 30 Abgeordnete. Die Senatsvorlage wurde unverändert vom Bürgerblock angenommen. Die Entschädigung der Zentrumsfraktion wurde gegen einen großen Teil der Demokraten angenommen. Die Entschädigung Jaffe, den Fortbildungsschülern der Vororte zwecks Besuch der Fortbildungsschule Ankerarten zu verabfolgen, fand gegen einen Teil der Deutschnationalen Annahme. Die Fahrpreise werden demnach verdoppelt.

Der Neubau des Dreikönigs für die Stadt Danzig, betr. das Rauen an unfertigen Straßen wurde ohne Debatte zugestimmt. Die Vergütungsätze für nebenamtlichen Unterricht an Schulen wurden nach dem Vorschlag des Senats erhöht. Wegen den Antrag, die Zuständigkeit des Ausschusses für Fort- und Grundbesitz bei An- und Verkäufen von 6000 Mark auf 10 000 Mark zu er-

höhen, erhob sich kein Widerspruch. Der Verkauf der Flächen Ddra-Ddraum und Ddra-Drauscher Weg wurde zugestimmt.

Der Bureaubau auf dem Karrenwall.

Der Senat beantragte bei der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Verkauf des Karrenwallgeländes gegenüber der Reichsbank in Höhe von 2800 Quadratmeter zum Preise von 800 Mark für den Quadratmeter an die Lebensversicherungs-Gesellschaft Westpreußen.

Senator Dr. Leske begründete die Vorlage damit, daß durch ein Bureauhaus zur Vinderung der Wohnungsnot beitragen werde. Nachdem ein Jahr verhandelt worden sei, liege nun ein gut durchgearbeitetes Projekt vor. Ein Teil der Baumaterialien sei schon beschafft. Die Entwicklung Danzigs fordere die Anlegung eines neuen Geschäftsviertel. Der Einwand, daß das Gelände zu einem Theaterneubau reserviert bleiben müsse, sei nicht stichhaltig. Gegenüber der Landesversicherungsanstalt sei für diesen Zweck noch reichlich Gelände. Für einen Theaterneubau sei das Gelände am Ddraer Tor am geeignetsten. Durch die Errichtung des Bureauhauses würde auch die Arbeitslosigkeit behoben.

Stadtv. v. Budzynski lehnte die Vorlage rundweg ab. Geschäftshäuser möge man an anderer Stelle errichten.

Stadtv. Gen. Wollhagen

führte eine Reihe sachlicher Gründe gegen das Projekt an. Der Bauausbruch habe durchaus nicht einstimmig der Vorlage zugestimmt. Wenn man auch zurzeit an die Errichtung eines Theaterneubaus nicht denken könne, so müsse doch das Gelände gegenüber der Reichsbank für diesen Zweck reserviert werden. Ein Theaterneubau am Ddraer Tor sei unzuweckmäßig. Man dürfe das Gelände vor der Reichsbank, das schäufte, das die Stadt besitze, auf keinen Fall jetzt verkaufen, zumal zu einem Spottpreis von 800 Mark, der einem Friedenspreis von 1170 Mark entspreche. Redner gab seinem Erfraunen Ausdruck darüber, daß das Gelände verkauft werden solle, während sonst die Stadt Grund und Boden nur im Erbbaurecht vererbe. Es sei falsch, das Gelände zu verkaufen, da die Kreditfähigkeit Danzigs auf seinem Grund und Boden ruhe. Die Entwicklung Danzigs dränge auf die Bildung eines ganzen Geschäftsviertel. Ein einzelnes Bureauhaus sei nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Senator Leske erwiderte, daß die Erbpacht nicht in allen Fällen durchführbar sei. Ein Preis von 800 Mark pro Quadratmeter sei angemessen.

Stadtv. Winter (D.P.) lehnte im Namen seiner Fraktion den Verkauf des Geländes ab. Die Einrichtung von Bureauhäusern sei zwar zu begrüßen, sie könnten aber ebenso gut auf dem südlichen Gelände des Karrenwalls angelegt werden. Der Preis für das Gelände sei zu niedrig. Der Platz müsse für den Theaterneubau reserviert werden.

Nachdem die Stadtverordneten Frau Richter (D.P.), Fuhlsbüggel (D.P.) und Frau Neu (U.S.P.) sich ebenfalls absetzend zu der Vorlage geäußert hatten, zog Senator Dr. Leske seine Vorlage zurück, da er ein sah, daß er für den Verkauf des Geländes keine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung finden würde.

Für die Instandsetzung der Seeterrasse in Bröfen wurden 20 000 Mark bewilligt. Um 7 1/4 Uhr trat das Haus in die geheime Beratung ein.

Die Parteien zur Finanzlage des Freistaates.

Die Verfassungsvorlage des Senats endgültig gescheitert.

Der Volkstag beschäftigte sich gestern zunächst mit dem vorläufigen Haushaltsgefes für 1922. Alle Parteien nahmen Gelegenheit, im Anschluß an die Ausführungen des Finanzsenators Volkman ausführlich auf

die Finanzlage des Freistaates einzugehen.

Die Rednerliste eröffnete der Deutschnational Schwegmann. Er bedauerte die späte Einbringung des Etats, die er mit der Ueberlastung des Senats durch die Wirtschaftsverhandlungen entschuldigte. Das Defizit von 80 Millionen Mark könne nicht ernst genug genommen werden. Es müßte sparsamer gewirtschaftet werden. Die Ausgaben für die Schupo bezeichnete der Redner jedoch für unvermeidlich, da nur durch sie die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden könne. Der Volkstag müsse der Regierung die erforderlichen Steuern bewilligen und keine Ausgaben ohne Deckung vornehmen. Die Kosten der Befahrung und die Bezahlung des ehemaligen Staatseigentums könne Danzig nicht leisten. Die Lage des Staates sei furchtbar ernst, und nur gemeinschaftliche Arbeit (wahrscheinlich wie sie die Deutschnationalen mit ihrer agrarischen Interessenpolitik und Volkswachung betreiben) könne uns retten.

Die Reform der Einkommenbesteuerung.

Dr. Gypich (D. P.) verbreitet sich ausführlich über Steuerfragen. Er tritt für Uebernahme des deutschen Einkommensteuergesetzes ein. Damit müsse die Besteuerung nach dem Gegenwartseinkommen erfolgen. Als Vorteil sei aber die bedeutend sozialere Gestaltung der Abzüge zu suchen. Andererseits müsse der Lohn- und Gehaltsabzug in Kauf genommen werden. Abweichungen vom deutschen Gesetz dürften nur nach der günstigen Seite erfolgen. Die hohen Einkommen dürften jedoch nicht übermäßig hoch besteuert werden! Dadurch würde nur Steuerdrückbergerei und Steuerhinterziehung hervorgerufen. Es sei zu bedauern, daß trotz des 80-Millionen-Defizits keine verbenden Anlagen geschaffen seien. Unbedingt müsse mit der Ausführung des Elektrizitätswirtschaftsgesetzes begonnen werden. Auch die Schaffung eines automatischen Fernsprechamtes sei unerlässlich. Die außerordentliche Höhe der Zulageerhöhung läge als indirekte Steuer gemischte Gefühle aus. Durch eigene Deckung des Bedarfs müsse auf ihre Verminderung hingearbeitet werden. In erster Linie müsse an die Schaffung einer Feinindustrie herangegangen werden.

Genosse Gehl:

Die vom Senator mitgeteilten Zahlen sollten jeden ernsthaften Politiker veranlassen, nach neuen Einnahmequellen Umschau zu halten. Streichungen an den vorliegenden Haushaltsplänen für 1921/22 sind leider nicht möglich, da die eingesehten Beiträge ja bereits ausgegeben sind. Die Etats müssen endlich rechtzeitig dem Volkstage gehen. Durch die verspätete Einbringung wird dem Volkstag jedes Kontrollrecht genommen. Die Hoffnung des Finanzsenators, mit einigen Streichungen einen Ausgleich ermöglichen zu können, wird sich kaum erfüllen. Die sozialdemokratische Fraktion wird den Senator nichtsdestoweniger bei den Streichungen weitgehend unterstützen. Wir vermiffen aber noch immer die angekündigte Gesetzesvorlage über eine

Vermögenssteuer.

Bisher sind uns ca. 20 Steuergefese zugegangen, aber noch immer nicht das dringend notwendige Vermögenssteuergesetz. Es müssen endlich auch einmal die tragfähigen Schultern zu den allgemeinen Lasten herangezogen werden. Wenn gesagt wird, daß eine Vermögenssteuer den Tod des Wirtschaftens bedeute, so ist das falsch. Deutschland hat ganz erhebliche Vermögensverluste vorgenommen, und die deutsche Industrie floriert wie nie. Der Senator würde sich angeichts seiner damaligen Anklündigung und der schlechten Finanzlage eine große Vernachlässigung zuschulden kommen lassen, wenn er nicht sofort an diese ergiebige Steuerquelle herangeht.

Wenn Dr. Gypich heute über die Wirkungen des Zollabkommens klagt, so ohrfeigt er sich selbst. Die bürgerlichen Parteien hätten es ablehnen sollen. Schlechter wie jetzt hätte es nicht werden können. Durch die ablehnende Haltung der Linken wurde wenigstens das Zusatzabkommen erreicht. Wenn der Volkstag einstimmig abgelehnt hätte, dann wäre etwas Erträgliches heraufgekommen. Aber dazu fehlte den „deutschen“ Männern auf der Rechten der Mut.

Wenn man die Einzelheiten des vorläufigen Haushaltsplanes durchgeht, findet man verschiedene Positionen, über die noch zu reden sein wird. Für Einrichtung einer Polizeischule sind 3 1/2 Millionen vorgesehen. Wir können die Notwendigkeit dafür nicht einsehen. Man hätte nicht die Polizei aufstellen und die stante Polizei aus dem ihr vertrauten Straßendienst herausnehmen sollen. Jetzt hat man junge Schupoleute mit Aufgaben betraut, in denen sie

Aus aller Welt.

Ein furchtbares Unglück ereignete sich in der ersten Schulklasse in Tondern (bei Sameln). Der Lehrer Hermann Bergmann hatte einen Granatgürtel in der Tasche. Auf irgend eine Weise, wahrscheinlich durch einen Stoß gegen die Wand, explodierte der Gürtel, zerbrach einem Jungen den Oberarm und den Unterarm. Zwei in der Nähe stehende Schüler wurden ebenfalls schwer verletzt. Der erwähnte Lehrer starb nach wenigen Minuten. Ein weiterer Schüler erhielt ein Sprengstück in die Lunge. Alle Verunglückten fanden kurz vor der Konfirmation.

Von einem Kran zerbrückt. Die Schreiberin Maria Kopp, die bei der Neuen Kohlenbergwerksgesellschaft in Hamburg angestellt ist, bestieg auf einer Leiter einen Kran, um zu ihrer Arbeitsstelle zu gelangen. Währenddessen wurde der Kran gebrochen und die Kontoristen geriet mit der Leiter in das Getriebe des Kranes, wo sie auf der Stelle totgedrückt wurde.

1464 000 Mk. Strafe wegen Steuerhinterziehung. Ein sehr einträgliches Geschäft hatten drei orientalische Zigarettenfabrikanten, nämlich der Türke Sarrafan, der Armenier Relesjan und der Ägypter Soltman, betrieben, die sich wegen Hinterziehung von Vandalensteuer vor Gericht zu verantworten hatten. Da die gesetzliche Strafe das Vierfache der Steuerhinterziehung ausmacht, lautete das Urteil gegen Sarrafan u. Co. auf 1 464 000 Mark Geldstrafe und gegen Soltman auf 78 000 Mark Geldstrafe, außerdem wurden fast 200 000 Zigaretten beschlagnahmt.

Todessturz vom Wolkenkratzer. Zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit hat in Newyork eine Frau durch einen Sprung aus einem der höchsten Wolkenkratzer ihrem Leben ein Ende gemacht. Eine junge Stenotypistin sprang aus dem 28. Stockwerk des „Timesbulding“ auf die Straße. Merkwürdigerweise war das Mädchen trotz des furchtbaren Sturzes nicht sofort tot, es wurde noch lebend in das Spital gebracht, wo es für einen Augenblick das Bewußtsein wieder erlangte und äußerte: „Es brauchte lange Zeit, bis ich den Mut fand zu dem grausigen Sprunge!“

Ein verhängnisvoller Medizinverkauf. Vier Angestellte der Löwen-Apothek in Weimar hatten sich wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten. Ein in Weimar ansässiger Major a. D. v. Meitberg litt länger Zeit an einer Krankheit, die er durch den Gebrauch von Chloralhydrat zu mildern gedachte. Eines Tages wurde ihm versehentlich anstatt Chloralhydrat Chlorbarium verkauft. Nach dem Genuß dieses gefährlichen Präparates stellten sich sofort schwere Krankheitserscheinungen ein, denen er am nächsten Tage nach schwerem Todeskampfe erlag. Die zur Verhandlung geladenen medizinischen Sachverständigen haben festgestellt, daß der Tod durch Vergiftung mit Chlorbarium hervorgerufen worden war. Die Anklage sprach gleichzeitig von einem Fall schwerwiegender Fahrlässigkeit, indessen mußte festgestellt werden, welcher der Angeklagten die Verantwortung hierfür zu tragen hat. Die Angeklagten in der Angelegenheit sprachen sich ab und erklärten, daß dem Apotheker und seinem Assistenten der Vorwurf gemacht wurde, ihre Pflicht als Aufsichtsbeamte in größlicher Weise verletzt zu haben. Der Antrag des Staatsanwalts lautete auf je acht Monate Gefängnis. Nach langer Beratung kam jedoch der Gerichtshof mangels genügender Beweise zur Freisprechung aller Angeklagten.

Siebzehn Jahre unterwegs. Eine am 18. Februar 1906 in Somme-Tourbe (Departement Marne) aufgestellte, an einen Kaufmann in Reims adressierte Postkarte, hat am 14. März 1922 ihr Ziel erreicht, also genau 17 Jahre, einen Monat und einen Tag für die Beförderung gebraucht.

Die falsche Braut geheiratet. Der merkwürdige Fall einer Scheidungsklage, die von dem Manne innerhalb der ersten 24 Stunden nach der Trauung eingeleitet wurde, wird aus Bregenz berichtet. Ein Hauptmann der ungarischen Armee hatte sich sterblich in ein junges Mädchen verliebt, das die zweite von drei Schwestern war; aber er selbst entkamte die Neigung der ältesten Schwester, die beschloß, ihn zu heiraten, koste es, was es wolle. Am Hochzeitstage überredete sie ihre Schwester, an ihrer Stelle vor dem Altar erscheinen zu dürfen, und wirklich glückte ihr der Betrug, da sie sich verkleidert erschien und dem Ahnungslosen angetraut wurde. Als das neuvermählte Paar nach Hause zurückkehrte, offenbarte die junge Frau ihren Betrug, den sie mit ihrer übergroßen Liebe zu entschuldigen versuchte. Aber der Hauptmann dachte anders, als seinerzeit der alttestamentarische Jakob, der sich zuerst mit der älteren Lea begnügte; er reiste in voller Wut nach Budapest ab, nachdem er vorher die Scheidungsklage eingeleitet hatte. Da beide Katholiken sind, so stellten sich der Scheidung einige Schwierigkeiten entgegen.

Verfassungen-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Langfuhr. Diskussionsabend am Mittwoch, den 5. April, nachmittags 7 Uhr beim Gen. Schmidt, Kirchauerweg 52.
- Verein Arbeiterjugend Danzig. Heute, Mittwoch, abends 7 Uhr: Vönsabend. Vortrag des Genossen Voopß. Donnerstag, den 6. April, abends 7 Uhr im Bureau, 4. Damm 7, Vorstandssitzung.
- Metallarbeiter-Vertrauensliste der S.P.D. Freitag, den 7. April, abends 7 Uhr im Parteibureau, 4. Damm 7, 8 Tr. wichtige Sitzung. Erscheinen aller ist notwendig.
- Deutscher Metallarbeiterverband: Achtung! Augenblicke und Behrlinge. Donnerstag, den 6. April, abends 6 Uhr, Neveliusplatz 1-2, Zimmer 70: Generalversammlung der Jugendabteilung. Verbandsbuch und Jugendkarte gelten als Ausweis.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband. Achtung! Installateure und Klempner! Freitag, den 7. April, abends 6 Uhr bei Reimann, Fischmarkt 6, Brandenburgerstraße. Tagesordnung: Stellungnahme zu den neuen Bohnenforderungen.

Freitung bringen würde. Infolgedessen wurden viele Juden von den Russen erschossen und ins Innere Rußlands verschleppt. Etwa 60 000 Juden wurden während des Krieges nach Deutschland in Fabriken und Bergwerke gebracht, von denen jetzt etwa 50 000 noch in Deutschland verblieben sind, weil sie nicht zurückkehren dürfen. Nebner leugnet nicht, daß es unter den Juden, wie unter jedem Volk, auch minderwertige und verbrecherische Personen gibt, aber ebenso gibt es auch ausländische und lässige, die manches Gute zu leisten vermögen. Nebner war unlängst in Frankreich und hat gefunden, daß der Deutschenhaß sich im Volke gemindert hat. Der Deutschsprechende wird nicht mehr belächelt. In der Presse und in den Parteien aber wird dieser Haß noch stark gepflegt. Trotzdem achtet man die Geistesgröße und hat dort einen Deutschen sprechen lassen, der Jude ist, Einstein. Nebner meint, daß die Juden selber an sich ebenso arbeiten, daß man aber den ausländischen Juden auch ebenso behandeln solle, wie den ausländischen Christen. Noch wichtiger sei, daß der Antisemitismus dem Deutschen selber schade. Er entfesselte Gedanken und Kräfte, die zerstörend wirken. In der Ansprache machte Nebner Mitteilung über die Bewegung, die ein Rechtsanwalt Dr. Naumann in Berlin unter den Juden hervorzubringen suche. Er wolle, daß die Juden sich den Deutschen angeschlossen, um den Antisemitismus zurückzudrängen. Nebner vermag diese Bewegung nicht zu unterstützen. Es sei dabei hauptsächlich nur auf das Geld der reichen Juden abgesehen.

Bestrafte Übertretung der 8 stündigen Arbeitszeit.

Der Restaurateur Otto Klein in Danzig hatte sich vor dem Schöffengericht zu verantworten, weil er eine Stütze am Markt Häckel über 8 Stunden beschäftigt. Nach der Aussage dieser Zeugin arbeitete sie von morgens 9 Uhr bis mittags 12 Uhr und von 2 Uhr bis nachts 12 und 2 Uhr. Als sie morgens nicht rechtzeitig anstand, wurde sie von dem jungen Herrn mit einem Kusse geweckt. Als sie sich das verbat und dem revolvierenden Beamten wahrheitsgemäße Auskunft über die Arbeitszeit gab, wurde sie entlassen. Das Gericht erkannte wegen Vergehens gegen die Verordnung vom 18. 8. 19 über die Innehaltung einer achtstündigen Arbeitszeit auf eine Geldstrafe von nur 800 Mark. Eine ausbleibende Zeugin wurde in eine Ordnungsstrafe von 50 Mk. genommen.

Kurzer Prozeß machte eine Witwe in Langfuhr, die einen Untermieter hatte, der ihr 850 Mark Miete schuldig war, nicht zahlte und nicht auszog. Sie benutzte die Abwesenheit des Mieters und stellte dessen Sachen in den Keller und hinterlegte den Schlüssel bei der Polizei. Sie selber verließ dann auf zwei Tage. Bei dieser Maßnahme hatte ihr eine andere Frau geholfen. Beide hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung zu verantworten. Das Gericht erkannte wegen des Hausfriedensbruchs auf Freisprechung, weil das Bewußtsein der Rechtsmibrigkeit fehlte. Wegen der Nötigung zum Verlassen der Wohnung wurde die Frau Kucharzki zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, die andere Frau wurde freigesprochen.

Jungsozialistengruppe. Morgen, Donnerstag, abends 7 Uhr, findet im Arbeiterjugendheim, Weidenstraße 2, Reiterkaserne, 1 Tr. I., Zimmer 81, eine Versammlung statt. Genosse Voopß spricht über das Thema: „Die Kulturziele des Sozialismus“. Im Anschluß an den Vortrag findet eine Ansprache statt. Die Mitglieder werden aufgefordert, pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen.

Aus dem Osten.

Stettin. Bestrafter Verleumder. Der Postagent Alfred Bohl aus Stettin hatte sich wegen Verleumdung des Reichspräsidenten in fünf Fällen zu verantworten. Im Dienst tat er wiederholt beleidigende Äußerungen über den Reichspräsidenten, die darin gipfelten, der Reichspräsident Ebert säße sich die Taschen u. a. Er wurde mehrfach verwahrt und man gab ihm zu erkennen, daß er für seine Verleumdungen den Beweis erbringen müßte. Aber Bohl kehrte sich davon nicht, wiederholte vielmehr seine Äußerungen und liete noch hinzu, der Reichspräsident lasse sich jetzt eine Stütze mit 60 Zimmern bauen und bezöhlerte den Reichspräsidenten mit dem Ausdruck „Deusd“. Nachdem öffentliche Vorlesungen nichts fruchteten, wurde dem Reichspräsidenten von diesen beleidigenden Äußerungen eines Beamten Mitteilung gemacht, worauf gegen diesen Anklage erhoben wurde. Vor Gericht bestritt der Angeklagte die ihm zur Last gelegten Äußerungen und wollte sich auf nichts mehr bekümmern können. Durch die Aussagen der vier Zeugen wurde er aber überführt. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Das Gericht nahm auf die Verwahrung der Angeklagten Rücksicht und beschloß, wenn auch nicht ohne schwere Bedenken, von einer Freiheitsstrafe Abstand. Der Angeklagte wurde zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Albatros (Rom.) Ein Delphin gefangen! Nücker bemerkte circa 50 Meter vom Ufer entfernt einen Delphin, der auf Strand geratet war, heftige Mitbewegungen machend, wieder flott zu kommen. Man löbte ihn und brachte ihn an Land, wo man feststellte, daß es ein schwarzer Grund-Delphin war, der sich in der Tiefe sehr selten zeigt. Er hat eine Länge von 3 Meter. Der Kogen des Fisches wog 40 Pfund. Vor 20 Jahren brachten Fischer ein ähnliches Tier an Land, welches damals nach Berlin zur Ausstellung verkauft wurde.

Zerst. Militärliche Hilfe beim Hochwasser im Memeldelta. Am 7. und 8. März wurden Kommandos des Infanterieregiments 1 aus Tilsit und des Pionierbataillons aus Königsberg nach der Gegend von Tawelmingen entsandt, um bei der dortigen Hochwassergefahr zu helfen. Es galt die Deiche gegen weiteres Ueberfluten und Durchbrechen zu halten. Als die Hochwassergefahr am größten wurde, entschloß sich die Rettung der Deichvertheidigung zur Sprengung des Ueberdeiches. Sofort nach den Sprengungen strömten die Wassermassen mit großer Gewalt in ihr so geschaffenes Abfließloch. Die Sprengungen L. Sprengungen hatten den Erfolg, daß die Wassermassen sich lösten und der erwünschte Eisgang eintrat. Bei dem nun folgenden Ueberfluten zeigte sich, daß die Deiche an verschiedenen Stellen durchbrochen waren. Erst am 25. März erreichte die militärische Hilfeleistung ihr Ende.

unverloren sind. Wenn schon Auszubildungswerte notwendig sind, so ist dazu ein besonderes Gedächtnis nicht erforderlich. Der Unterricht kann auch in anderen Schulräumen, die nachmittags und abends freistehen, erfolgen. Unhaltbar ist es auch, daß zur Beförderung der Schupo sogar Extrazüge in Langfuhr eingesetzt werden. Da ist von Sparmaßnahme nichts zu merken. Die endliche Ausbesserung des Elektrizitätswirtschaftsgebietes ist wiederholt von uns verlangt. Aufsteigend sind die Konkurrenzpreise um Schilben immer noch zu hoch, so daß die Deutschnationalen das Gesetz seit 1 1/2 Jahren noch immer sabotieren, obwohl es reichliche Arbeitsgelegenheiten für unsere Arbeitelosen bringen würde. Geld für den Ausbau der Anlagen könnte schon Kassa gemacht werden, weil man es in dann als Arbeitslosenunterstützung spart. Unverständlich ist uns, weswegen neben dem bestehenden Aufwand der Erlage noch ein weiteres in Neufahr geplant ist. Für die Erweiterung des Werkschlagwerkes werden ebenfalls Mittel gefordert. Durch energische Bekämpfung des Wuchers sollte man einem weiteren Steigen der Kriminalitätsziffern vorbeugen. Wir möchten auch wissen, weswegen man das Jugendgefängnis halt, wie gefordert, in Elberhammer in Konradshammer einrichten will. Ich behaupte es, daß endlich auch für den Ausbau des Amtsgerichts in Neustadt Mittel bereitgestellt sind. Damit kommt dieser Ort endlich zu seinem Recht.

Es ist möglich, daß wir unsere Ausführungen nur auf einen vorläufigen Ort stützen können. Hoffentlich kommt der eubaldige wendelstern noch in diesem Jahre. Wenn Abg. Schweigmann die Aufrechterhaltung unserer großen Polizeikörper als notwendig bezeichnet, so können wir ihm darin nicht folgen. Die Ruhe und Ordnung läßt sich auch mit weniger umfangreichen Einrichtungen sichern. Sogar in den bewegten Tagen nach der Revolution war es möglich, Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten ohne den umfangreichen Apparat, wie die heutige Schupo. Machen Sie (zu den Abgeordneten) vor allem Dingen vernünftige Gesetze, schaffen Sie Arbeit für die Arbeitslosen und gewähren Sie den Arbeitern, Angehörigen und Beamten ein existenzfähiges Einkommen, dann wird die Ruhe und Ordnung auch nicht geküßt werden, und wir können an den hohen Ausgaben für Polizei und Justiz erheblich sparen. Aber weil Sie selbst wissen, daß Sie keine Politik der Vernunft und Einsicht betreiben, bangen Sie um Ihre Ruhe und Ordnung. (Leb. Beifall links.)

Abg. Speltz (Zentr.) erklärte, daß seine Fraktion nicht den Optimismus in der Finanzfrage habe, wie der Finanzsenator. Der Redner trat dann dafür ein, daß die Kontingente der minderbemittelten Kreise aufgehoben werden. Dabei würde er aber keine praktischen Vorschläge. Die Zentrumsfraktion sei ebenso sehr wie die Deutsche Partei bereit, für die Durchführung des Elektrizitätswirtschaftsgebietes einzutreten.

Abg. Nahn (Komm.) machte dem Senat heftige Vorwürfe, daß dieser bisher noch nicht den Haushaltsplan für das vergangene Jahr vorgelegt habe. Außerdem sei es ein Mangel, einen vorläufigen Haushaltsplan für 1922 anzufertigen, da dieser sich an den verfallenen anlehnen müßte. Zu den einzelnen Positionen würde die kommunikative Fraktion im nächsten Stellung nehmen. Für die Unabdingbaren gab Abg. Nahn eine ähnliche kurze Erklärung ab.

Senator Volkmann erklärte, daß sein Optimismus über die Finanzlage durchaus berechtigt sei. Das Geldgewicht im Ort könne vermindert werden, wenn drei Bedingungen erfüllt würden. Erstens dürften an den Arbeitslosen keine unüberwindlichen Ausgaben herankommen, wie z. B. Verpflegungsgeld, Heizung des ungenutzten Raums und Staatsrenten und Heilmittel der auf Zinsen empfindenden Reichs- und Staatsbanken. Zweitens müßten die vorgesehene Steuererleichterung baldmöglichst genehmigt und in Zukunft nach dem Grundplan verfahren werden: für neue Ausgaben neue Steuern. Drittens müßte auf allen Gebieten mit größter Vorsicht verfahren werden. Der Finanzsenator kam dann auf die Verpflegungsgeld zu sprechen und erläuterte dabei ausführlich den von Zenzig in dieser Angelegenheit mehren Standpunkt. Die Fortdauer der Volkshauskonzession sei außerordentlich hoch und würde nach dem heutigen Stande der Verhältnisse Markt herabsetzen. Wenn Zenzig die Zuzugnahme wollte, würde es finanziell völlig zusammenbrechen. Zum Schluß kam der Senator auf Volkfragen zu sprechen und erklärte dann, daß bei der Verrechnung der Kontingenzrenten der Kontingenzrenten in welchem Maße bereits möglich werden sollten.

Nachdem das vorläufige Haushaltsgesetz dem Senat ausnahmslos übergeben worden war, trat der Volkstag in die dritte Beratung der Verfassungänderung ein. Der Präzedenzfall lehnte alle Abänderungsanträge zur Tagesordnung ab. In der Schlußabstimmung wurden nur 73 Stimmen abgegeben, so daß die Verfassungsänderungen keine absolute Mehrheit erreicht worden waren. Damit war die Senatsvorlage auch diesmal erledigt. Einige weitere Steuererleichterungen wurden ohne Beratung dem Steuerminister übergeben. Als in die Beratung des Landwirtschafsausschusses einzutreten werden sollte, stellte der Vorsitzende die Sitzung aus und die Verhandlungen wurden auf Mittwoch nachmittag versetzt.

Danziger Nachrichten.

Der Antisemitismus der Gegenwart.

Wiederholte Thesen haben sich im öffentlichen Leben der Danziger Bevölkerung geltend gemacht und sind auf beachtliche Beachtung der fröhlichen Medien der Danziger Nation Dr. Neumann. Er ging ausführlich auf die Vorwürfe, die man den Juden von antisemitischer Seite macht, ein und behauptete, dass es die Zeit und der Ort. Die große Reform der Juden, wurden sie von den Deutschen bekämpft, indem man behauptete, es solle ein Antisemitismus nach französischem Muster eingerichtet werden. Bis 1848 die Juden in Danzig, wurde behauptet, Antisemitismus. Völkern und Juden hätte sie gemacht. Während wurde von der Antisemitischen Bewegung, indem man behauptete, er werde unter dem Einfluß der Juden. Jeder Schritt wurde von den Gegnern als antisemitisch bezeichnet. Und jetzt wird behauptet, die Juden seien an allem Schuld, was unangenehm ist. Die Juden sollen so stark sein, daß sie ein Volk von 20 Millionen derart zu beeinflussen vermögen. Nach dem was wir hier jetzt diesen Gedanken zu eigen gemacht. Ich habe ermahnt, daß Ludendorff und Hindenburg während des Krieges verstanden, daß die Juden durch einen Vertrag mit dem Ausland aufzubereitet wurden, sich dem deutschen Völkern zur Verfügung zu stellen, das ihnen ihre Be-

Danziger Nachrichten.

Wirtschaftshilfe für die unmittelbaren Staatsbeamten.

Von dem im Dezember an die Beamten und Angestellten gewährten Vorschüssen sind noch etwa 18 Millionen zurückgeblieben. Die Rückzahlung führt zu Härten, weil die hohen Beamten im Januar eine Zulage erhielten, die die Vorschüsse vollständig deckte, zum Teil erhielten sie noch Summen ausbezahlt. Die mittleren und unteren Beamten erhielten so geringe Aufbesserung, daß sie von der Rückzahlung der Vorschüsse jetzt noch schwer betroffen werden. Der Abg. Mohr stellte deshalb mit Unterstützung der gesamten Linken den Antrag, die noch zu zahlenden Vorschüsse zu freizeichnen. Dieser Antrag erreichte das Präsidium des Senats, weil dadurch die höheren Beamten geschädigt würden. Er brachte einen Gesetzentwurf ein, nach dem jeder Beamte 500 Mark Wirtschaftshilfe erhalten sollte. Beide Anträge fanden im Volkstag zur Beratung. Um sich vor der öffentlichen Abstimmung zu drücken, beschloß der Bürgerblock, beide Anträge dem Hauptauschuß zu überweisen. Dieser hat nun getagt, und den Antrag Mohr auf Streckung sämtlicher Vorschüsse abgelehnt. Die Vorlage des Senats hat durch den Ausschuß folgende Fassung erhalten:

Jedem endgültig angestellten unmittelbaren Staatsbeamten der Freien Stadt wird eine laufende widerrufliche Wirtschaftshilfe in Höhe von 1000 Mark jährlich mit Wirkung vom 1. Januar 1922 gewährt. Außer dieser laufenden Wirtschaftshilfe wird dem obengenannten Beamten, welche seit dem 1. Dezember 1921 im Staatsdienst sind, eine einmalige Wirtschaftshilfe gewährt, welche beträgt in Gruppe 2-6 der Besoldungsordnung 1000 Mark, in Gruppe 7 und 8 800 Mark, in Gruppe 9 400 Mark, in Gruppe 10 200 Mark. Weiblichen Angestellten in Gruppe 2-6 der Besoldungsordnung wird die laufende und einmalige Wirtschaftshilfe um 10 Prozent gekürzt. Den nicht endgültig angestellten Beamten werden die Wirtschaftshilfen in folgender Höhe gezahlt. Auftragsweise vollbeschäftigte oder einstellweise angestellte Lehrpersonen erhalten je nach Dienstjahren 75 bis 100 Prozent; die vor dem 1. April 1922 als nicht planmäßige Beamten angestellten Post- oder Telegraphengehilfen je nach Dienstjahren 80-100 Prozent; die Militäranwärter 95-100 Prozent; sonstige männliche und weibliche Beamten 75 bis 100 Prozent.

Die sozialdemokratischen Vertrauensleute zur Weisheit.

Zur Anschrift an eine Vertreterversammlung für Danzig Stadt nahmen die Vertrauensleute gestern Abend zur Frage der diesjährigen Weisheit Stellung. Nach kurzer Aussprache wurden die Beschlüsse des Parteiausschusses und der Vertreterversammlung einstimmig gutgeheißen. Danach schloß sich die Partei dem Aufruf des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes auf Arbeitsruhe ab 1 Uhr an. Die Veranstaltung der Demonstration und Versammlungen am Montag soll den Gewerkschaften überlassen bleiben. Der Verein Danzig wird die Weisheit in Gestalt einer künstlerischen Veranstaltung am vorhergehenden Sonntag im Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus begeben. Zur Vorbereitung wurde ein 18 köpfiges Festkomitee gewählt, und zwar bestehend aus den Genossen Schindel, Krämer, Maronardt, Wegener, V. Schmidt, M. Schneider, Barwin, Pilsnik, Meesfeld, Lindt, Glaser, Witt, Leonhard, Bren, Pletsch, Krauer jr., Mademacher und Döring.

Ein kurzer Vortrag des Genossen F o o l e n über die wichtigsten politischen Ereignisse, insbesondere über die augenblicklichen Parteiverhältnisse, führte zu einer ausgedehnten Aussprache. Den breitesten Raum darin nahmen wirtschaftliche Fragen ein, auf die wir morgen ausführlich eingehen. Die Vorgänge in der kommunistischen Partei wurden eingehend beleuchtet. Die Taktik der Partei und die Haltung der „Volkstimme“ wurden allgemein als richtig anerkannt. Gefordert wurde eine stärkere Werbemittelarbeit und bessere Ausgestaltung der Bezirksveranstaltungen. Besondere Aufmerksamkeit soll der Agitation unter den Frauen gewidmet werden, um insbesondere die Frauen der Mitglieder reiflos der Partei zuzuführen. Die anregende Aussprache ergab beachtenswerte Fingerzeige für den weiteren Ausbau der Organisation.

Polnische Fischereiforderungen auf Gela. Um die Seefischer zu heben, hat der polnische Minister für das ehemalige preussische Teilgebiet an den Ministerrat eine Eingabe gemacht, folgende Ausgaben machen zu dürfen: a) 40 Millionen Mark für den Bau von Fischerdörfern in den Gemeinden Gela und Gdingen, bis 60 Jahren, b) 15 Millionen Mark

Danziger Stadttheater.

Tannhäuser.

In dieser Aufführung, die mehrfach in ihren Grundfesten erbebt und gegen das Ende des zweiten Aktes durch die erfahrene Hand ihres musikalischen Leiters vor einer Katastrophe noch so eben bewahrt wurde, sollte der Tenorist Bruno Nicolini aus Münster den Beweis erbringen, daß er Eignung für das Fach eines Heldenteners an der hiesigen Oper hat. Das aber läßt sich beim besten Willen nicht behaupten, und dieser Tannhäuser in seiner stimmungsvollen Glanzlosigkeit und seiner unvorhandenen Höhe sowie seiner darstellerischen Bewegungsarmut ist weiter gar nicht diskutabel. Um so mehr Freude bereitete Reina Bacha u s, die seit ihrer ersten Elisabeth zu Eingang der Spielzeit in geradezu überraschendem Maße gewachsen ist. Die früheren Härten in den oberen Register sind fast gänzlich geschwunden, und die Tonstärke bereitet ihr keine Schwierigkeiten mehr. Von höchstem Reiz aber ist ihre schauspielerische Leistung, deren Bornehmheit besticht und erster Bühnen würdig ist. Man wird die weitere Entwicklung der Künstlerin deshalb mit berechtigtem Interesse zu verfolgen haben.

Das Orchester leitete mit Ansätzen zur Belebung Otto S e l b e r g und fand beim Einzug der Gäste etwa das Tannhäusertempo, das man sich für die ganze Aufführung wünscht, an deren Eingang Wagner die Brautberg-Szene gefügt hat, von der die motorischen Kraftquellen ausgehen.

W. D.

für die Gewährung eines langfristigen zinslosen Kredits an Fischerkooperativgesellschaften, c) 15 Millionen Mark für Investitionen der Fischer, d) 10 Millionen Mark für den Ankauf von Netzen und Fischgeräten durch die Hochseefischer. Wie mitgeteilt wird, hat der Ministerrat dem Antrag zustimmend geantwortet.

Die Jahrespreideminderungen für Jugendvereine. Im Volksrat ist folgende kleine Anfrage an den Senat gestellt: Der deutsche Reichsausschuß für Jugendvereine hat für Eisenbahnfahrten, die der Jugendpflege dienen, eine Herabsetzung des Fahrpreises auf 1/2 beschlossen. Ist der Senat bereit, bei der polnischen Eisenbahnverwaltung dahin zu wirken, daß auch auf den Eisenbahnen im Gebiete der Freien Stadt Danzig derartige Vergünstigungen gewährt werden? Schriftliche Antwort genügt.

Wie das Fleisch verteuert wird.

Wenn auch die Höchstpreise für Vieh und Fleisch — unverantwortlicher Weise — aufgehoben worden sind, so ist dennoch eine Verhandlung vor dem Schöffengericht interessant, die sich mit der Ueberretung der feinerzeit bestehenden Höchstpreise für Schlachtvieh zu beschäftigen hatte. Angeklagt waren der Viehhändler Ferdinand Prang in Gutthof und der Besitzer Gustav Koch in Nichtenlampe. Sie hatten nachweisbar in zwei Fällen Viehkäufe ausgeführt, die angeblich Zuchtvieh betrafen. In Wirklichkeit war es Schlachtvieh, das an den Großschlächter Rankowski in Danzig verkauft wurde. Die Großschlächter ihrerseits überschritten die Höchstpreise den Fleischhändlern gegenüber. Für Schlachtvieh bestand ein Höchstpreis, für Zuchtvieh nicht. Es handelte sich hier um einen Bullen und ein Schwein. Das Gericht verurteilte Prang wegen Höchstpreisüberschreitung zu 8000 Mark Geldstrafe. Koch wurde freigesprochen, da nicht nachgewiesen ist, daß er das Vieh als Schlachtvieh verkaufte. Dieser Fall ist auch heute, nach der Aufhebung der Höchstpreise noch durchaus zureichend für die Zustände auf dem Viehmarkt. Großhändler und Schlächter übertreiben sich dem Verkäufer gegenüber in den Preisen für Schlachtvieh und treiben so die Fleischpreise immer höher. Abgeholfen kann dieser Preisverbrei nur werden, wenn der gesamte Vieh- und Fleischhandel in staatliche Regale genommen und so dem Wucherreiben der Besitzer und Händler ein Ende bereitet wird.

Danzig als Ziel jugendlicher Abenteuer.

Immer stärker macht sich die Erschwerung bemerkbar, daß Danzig infolge seines besonderen Staatsverhältnisses nicht nur das Ziel von Steuerflüchtlern und anderen dunklen Erscheinungen ist, sondern auch von jugendlichen Abenteurern aufgesucht wird, die hoffen, hier günstige Gelegenheiten zur Ausreise nach überseeischen Ländern zu finden. Bereits mehrfach wurden in letzter Zeit Meldungen über jugendliche Ausreißer veröffentlicht, von denen angenommen wurde, daß sie sich nach Danzig begeben haben. Heute kommen gleich zwei derartige Mitteilungen und zwar von Orten, die in ziemlichlicher Entfernung von Danzig liegen, nach denen aber selbst schon bis in die Kreise jugendlicher Personen Kunde von Danzigs eigenartiger Lage gedrungen ist.

So wird aus Leipzig mitgeteilt, daß sich der am 2. September 05 zu Danzig geborene Schlosserlehrling Otto Arno Martin, wohnhaft zu Leipzig-Curtisch, Gröfstraße 9 am 27. März heimlich aus seiner elterlichen Wohnung entfernt hat. Nach seinen Äußerungen besteht die Vermutung, daß er sich mit dem gleichaltrigen Schlosserlehrling Hermann Wölke, Leipzig-Hohlis nach Danzig begeben hat und sich dort entweder umhertreibt oder auf einem Schiff anwerben läßt. Otto Martin ist 170 Meter groß, mittelkräftig, blond. Er war bekleidet mit dunkelgrüner Hose, schwarzer Joppe, schwarzen Schnürschuhen und gelber Sportmütze.

Desgleichen wird dem Danziger Polizeipräsidenten aus Nürnberg mitgeteilt, daß der Monteur Adolf Diehl, geb. am 18. Januar 1901 zu München, bereits am 21. Februar d. J. sein Elternhaus in Nürnberg, Güntherstraße 4, verlassen hat und angeblich die Fahrt nach Danzig angetreten. Da er völlig mittellos ist, vermuten die besorgten Eltern, daß er in hiesige Hände fällt. Eine Personalbeschreibung des Diehl war nicht vorhanden. Zweckdienliche Mitteilung nimmt in beiden Fällen das Polizeipräsidentenamt, Abteilung 1 c entgegen.

Im Straßendünkel überfallen und beraubt.

Gestern verhandelte das Schwurgericht gegen den Gelegenheitsarbeiter Paul Bewandowski, der wegen Straßendünkel vor den Geschworenen stand. In der Nacht zum 24. Februar, zwischen 11 und 12 Uhr abends, wurde auf der Straße hinter Adlers Brauhaus der von einem Besuche heimkehrende Landwirt Barisch von zwei Männern überfallen, mißhandelt und beraubt. Der sorglos seines Weges gehende Barisch wurde von zwei Wegelagerern gepackt und zu Boden geworfen. Der Ueberfallene hat um Schonung, er sei arm und verheiratet. Das kümmerte die Verbrecher wenig; sie führten ihn in eine dunkle Nebengasse und plünderten ihn aus. Sogar den Rücken versuchten sie dem B. fortzunehmen, ließen jedoch davon ab, weil es nicht schnell genug ging. Die beiden Wegelagerer sind unerkannt geblieben. Festgestellt wurde aber, daß Bewandowski dabei war und die geraubte Brieftasche in Empfang genommen hat. Die Geschworenen erkannten Bewandowski des Straßendünkel schuldig und verurteilten ihn unter Umstände. Der Angeklagte wurde zu 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die polizeiliche Tätigkeit der Schnupolizei. In der Zeit vom 1. Januar 1922 bis 31. März 1922 wurden durch die Schnupolizei 4290 Anzeigen erstattet, darunter 264 Diebstähle, 88 Einbruchdiebstähle, 68 Forstdiebstähle, 10 Straßendünkel, 81 Körperverletzungen und Schlägerereien, 40 Sachbeschädigungen, 15 Waffenbeschlagnahmungen, 50 Unfälle, 302 Ueberretungen durch Kraftfahrzeuge. Der Wert der aus Diebstählen usw. beschlagnahmten Gegenstände beträgt fast

Zur Stadtverordnetenwahl in Ziegenhof sei noch richtigstellend nachgetragen, daß über den 18. Sitz im Stadiparlament erst noch das Los entschieden muß, und zwar stehen Sozialdemokratie und Deutschnationale mit den Restzahlen gleich. Die von uns angegebene Zahl von 5 Mandaten für die Deutschnationalen ist vorerst sicherlich noch verfrüht, da andererseits die Sozialdemokratische Partei die gleiche Anzahl hat, ihren starken Erfolg von 6 Mandaten durch Gewinn eines weiteren Mandates noch vergrößert zu sehen.

Was küßt du?

Du bist Mitglied deiner Gewerkschaft, um gegen die kapitalistische Ausbeutung zu kämpfen. Aber du küßt die kapitalistische Presse, die die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten beschimpft. Bleib die Zeitung, die für die Verlängerung deiner Arbeitszeit eintritt, die deine Lohnkämpfe verdächtigt oder im günstigsten Falle totschweigt. Bleib die Zeitung, die deine Frau und deine Kinder gegen dich und deine Berufsorganisation aufhetzt, wenn du zur Verbesserung deiner Lebenshaltung gar strecken wolltest.

In der Gewerkschaft zahlst du für den Kampffonds gegen den Kapitalismus, mit deinem Zeitungsubonnementgeld unterstützt du den Kapitalismus.

Du rufst nach Sozialisierung aller Produktionsmittel, weil nur durch deren Ueberführung in das Eigentum der Gesamtheit der Vorteil aller gewahrt werden kann. Aber bei deiner Tageszeitung, da meißt du die in genossenschaftlicher Betriebsform herausgegebene Zeitung, da handelst du in der Praxis gegen die Sozialisierung, indem du den kapitalistischen Verleger unterstützest.

Die unbegreifliche Machtfülle, die die arbeitende Bevölkerung damit ihren Gegnern in die Hände spielt, wird von dieser bürgerlichen Presse auf das rückwärtsloseste im Interesse der Feinde der arbeitenden Klasse ausgenutzt.

Denn die Presse ist das wichtigste Ausdrucksmittel der öffentlichen Meinung. So sorgt die Gedankenlosigkeit und politische Unerfahrenheit dafür, daß die an Zahl geringe Minderheit der Besitzenden die öffentliche Meinung beherrscht.

Wißt du, daß dies anders wird, daß der volksfeindliche Einfluß der bürgerlichen Presse auf die Öffentlichkeit beseitigt wird, dann abonniere und werbe für die

„Danziger Volkstimme“.

Die Osterferien der städtischen Handwerker- und Fortbildungsschule beginnen am Sonnabend, den 8. April, und enden Montag, den 24. April.

Polizeibericht vom 5. April 1922. Festgenommen: 15 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Verdachts des Betruges, 1 wegen Handels mit falschen Noten, 1 wegen Beilegung eines Amtsdittels, 8 in Polizeihaft. Obdachlos: 8 Personen. — Geburten: 1 grauer Wollhandschuh, 1 Eierschlüssel, 1 goldene Brille, 1 Nickelbrille, 1 Mantelford und Halsband Nr. 6023, abgeholt aus dem Fundbureau des Polizeipräsidenten. 1 Aktentasche mit Papieren für Oskar Schmidt, abgeholt von der „Danziger Zeitung“. 1 Paar Handschuhe, abgeholt von Korosch, Schwarzes Meer 8 B, 2 Kr. 1 Schäferhund mit Marke 888, abgeholt von Frau Maria Köhler, Albrechtstraße 1 b. 1 weißer Foxterrier, 1 Auge braun, abgeholt von Herrn Wolff, Laskadie 38 pt. — Verloren: 1 silberne Damenuhr mit Goldrand im braunen Lederarmband, abzugeben im Fundbureau des Polizeipräsidenten. 1 Schäferhund, abzugeben an Frau Maria Köhler, Albrechtstraße 1 a. 1 weißer Zwergpudel ohne Halsband, abzugeben an Frau Marie Ruttkowski, Lindenstr. 8.

Standesamt vom 5. April 1922.

Todesfälle: S. d. Arbeiters Paul Siegler, 8 J. — S. d. Kellners Bruno Friese, 12 W. — T. d. Drehers Erich Schirrmacher, todtgeb. — Witwe Marie Kombeß geb. Kufschel, 67 J. 9 M. — Frau Maria Franz geb. Leitau, 64 J. 8 W. — Frau Margarete Gasrorowski geb. Aris, 20 J. 9 M. — Frau Martha Potratz geb. Pokal, 49 J.

Seutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark:	8,—	am Vortage	8,22
Amer. Dollar :	315		326
Englisches Pfund:	1350		1400

BOBG



für QUALITÄT RAUCHER

Wasserstandsberichte am 6. April 1922.

Zawichost . . . + 1,90 +	3. 4.	Aurzebrach . . . + 3,62 + 3,38
2. 4.	3. 4.	Montaurepige . . . + 3,48 + 3,26
Warschau . . . + 2,60 +	3. 4.	Pieschel . . . + 3,68 + 3,48
3. 4.	4. 4.	Dirschau . . . + 3,96 + 3,74
Plock . . . + 2,34 +	4. 4.	Einlage . . . + 3,08 + 3,02
4. 4.	5. 4.	Schienenort . . . + 2,76 + 2,80
Thorn . . . + 2,88 + 2,60		Regat:
Fordon . . . + 2,91 + 2,58		Schönbau D. P. . . + 6,65 + 6,68
Culm . . . + 3,11 + 2,66		Balgensberg D. P. . . + 4,64 + 4,66
Braubenz . . . + 3,52 + 2,92		Neuhorterbuch . . . + 2,00 + 2,04
		Anwachs . . . + 1,00 +

Humor und Satire.

Aus junger Ehe. Freundin: Was, vier Schnitzel machst du deinem Mann zum Abendessen? Ist er denn so viel? — Junge Frau: „Das nicht, aber ich bin im Kochen noch nicht ganz sicher — eins wird mir doch gelingen!“

Ein Reichherziger. In ein vollbesetztes Abteil des D-Zuges stürzt in größter Hast ein Mann mit den Worten: „Verzeihung, hat vielleicht jemand von den Herrschaften etwas Notwein bei sich? Da hinten ist eben eine Dame in Ohnmacht gefallen.“ Mit größter Bereitwilligkeit reicht ihm ein Herr eine Flasche samt Glas. „Vielen Dank!“ sagte der Ankömmling, indem er sich rasch ein Glas voll eingießt; es wird gierig austrinkt, „ich kann so was nicht mit ansehen; und es wird mir immer schlecht dabei.“

Verantwortlich für Politik Ernst Zoops, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva, — Druck von J. Gebl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Sachl. Mittwoch, den 8. April, abends 7 Uhr, Dauerkarten B 2. Neu einstudiert.

Der Tor und der Tod

Ein Bühnenstück in 1 Akt von Hugo von Hofmannsthal. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herz. Inspektion: Emil Werner.

Der Tod Arthur Armand
 Claudio, ein Obermann Ferdinand Herzert
 Sein Kammerdiener Walther Gönke
 Claudios Mutter Jenny von Weber
 Ein Geliebter des Claudio } Tote } Martha Kaufmann
 Ein Jugendfreund } } Rudolf Schwannau

Das Postamt

Ein Bühnenstück in 2 Akten von Kabinenrat Tagore. In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Herz. Inspektion: Emil Werner.

Madhu Carl Brädel
 Kama, sein angenommenes Kind Erika Fels
 Saha, ein kleines Blumenmädchen Rita Alice Wegmar
 Kati Gustav Nord
 Willymann Erich Blumhoff
 Wäckerchen Carl Allwer
 Herzog des Königs Euseb Prengloff
 Wachmann Heinz Brede
 Dorfvorsteher, ein Polterier Arthur Armand
 Wilhelmine Arndtke
 Ella Senfer
 Erna Senfer

Anaben Ferdinand Herzert
 Der Generalarzt des Königs
 Ende gegen 10 Uhr.

Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten C 2. „Margarethe“. Große Oper.

Freitag, abends 6 1/2 Uhr. Dauerkarten D 2. Doppelgastspiel der Kammerfängerin Clara Gempel-Woh vom Landestheater in Coburg und Bruno Nicolini vom Stadttheater in Münster. „Alba“. Große Oper.

Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten E 2. „Der Wettlauf mit dem Schatten“. Schauspiel in drei Aufzügen von Wilhelm von Scholz.

Sonntag, vorm. 11 Uhr. 13. (literarische) Morgenfeier: Uraufführung „Die Tage von Golgatha“. Ein Ostermysterium von Herbert Selke.

Wilhelm-Theater

vereinigt mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 8. April, abends 7 1/2 Uhr. Kassenöffnung 6 Uhr

„Der Obersteiger“

Operette in 3 Akten von Karl Zellor.

Freitag, den 7. April

„Der Obersteiger“

Sonntag, den 9. April

„Kater Lampe“

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlenmarkt von 10 bis 4 Uhr (täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. 16195)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Heldingsfeld - Konservatorium.

Sonntag, d. 8. April 1922, nachmittags 5 Uhr in der Aula der Petrischule, Danzig, Hansaplatz

Konzert

ausgeführt von Schülern und Lehrern des Konservatoriums.

Vorverkauf: Musikalienhandlung L. u. Langgasse und Sekretariat des Konservatoriums. (6388) Die Sitzplätze sind numeriert. Konzertführer: Steinway & Sons, Magazin Heinrichsdorf.

Lichtbild-Theater

Apollo III. Damm 3. 6386
 Spielplan vom 5. bis 7. April 1922

Das Mädel von Picadilly

Eine lustige Verbrecherjagd
 Lustspiel in 5 Akten.

Hauptrolle: Lya Mara.

„Deportiert“

Großer Abenteuerfilm in 5 Akten.
 Michael Bohnen als Hauptdarsteller.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
 neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.

Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
 Anfertigung eleg. Herrengarderoben nach Maß

Damen-Kostüme und Mäntel.

Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufgelegenheit zu niedrigen Preisen. (6370)

Danziger Feuerkasse

Neugarten Nr. 2

Gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Senat der Freien Stadt Danzig hat die Satzung der Danziger Feuerkasse als einer selbständigen juristischen Person durch Erlaß vom 27. März d. Js. genehmigt.

Die Danziger Feuerkasse ist nunmehr, abgesehen von der nur ländliche Gebäude versichernden Landesschifflichen Feuerkasse die einzige öffentlich-rechtliche Feuerversicherungsanstalt im Freistaat Danzig.

Die Danziger Feuerkasse gewährt Versicherungsschutz für Gebäude und bewegliche Sachen in Stadt und Land.

Die Geschicke der Feuerkasse werden von dem aus Versicherungnehmern der Anstalt gebildeten Verwaltungsrat bestimmt, der über alle wichtigeren Angelegenheiten der Feuerkasse zu beschließen hat.

Sämtliche Ueberschüsse der Danziger Feuerkasse kommen ausschließlich den Versicherten zugute. (6383)

Danzig, den 27. März 1922.

Die Direktion der Danziger Feuerkasse.
 Dr. Funck, Landesrat a. D.

Die Wirkung

der Markentwertung

sowie die hohen Zölle für alle anderen Rohmaterialien treffen unsere Erzeugnisse besonders hart, zumal wir mit unserem Rohstoffbezug, hauptsächlich den hochwertigen Macedonen-Tabaken, ausschließlich auf den Auslandsmarkt angewiesen sind.

Alles dieses zwingt uns, da wir die anerkannte Qualität unserer Marken nicht verschlechtern, dem Raucher aber weiter die Gewähr geben wollen, daß er nach wie vor die von ihm bevorzugte Marke in gleicher Güte erhält, die Preise von heute ab wie folgt zu erhöhen:

Mondain Mk. 1.-

J. B. Gold	Mk. 0.70	Sambul	Mk. 0.50
J. B. m. M.	„ 0.50	Nr. 18 Gold	„ 0.40
Baltikum	„ 0.60	Zoppotas	„ 0.30
Lola	„ 0.50	Nr. 18. m. M.	„ 0.25

Zigarettenfabrik Stambul

J. BORG, DANZIG. 6380



LAMPRESSON
 von
Damen- und Herrenhüten
 nach letzten neuesten Formen,
 schnell, sauber und gut.
August Hoffmann
 Strohh- und Filzhutfabrik
 Heilige Geistgasse 26-27-28
 Jopengasse 56

Volkspflege

Bewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
 - Sterbekasse. -
 kein Polsterverfall.
 Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
 Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
 Rechnungsstelle 16 Danzig
 Bruno Schmidt,
 Mattenbuden 35.

Stenographie

Ein Kinder-Ausziehbettgestell zu verkaufen. Gehrmann, B. Johansberg 11. (f)

Schn. Sammetkleid heller Seidenmantel

(Gr. 44) fast neu, zu verk. (f) Bergmann, Schichau 16, 3.

Haare

Robert Kieffeld, Haarhandl., Breitgasse 6. 6217

Die Danziger Werft stellt am 30. April d. Js. Lehrlinge

für Dreher, Schiffszimmerer, Bootsbauer, Kesselschmiede- und Former-Handwerk ein.

Die augenblicklichen Lohnsätze für Dreher, Schiffszimmerer- und Bootsbauer-Lehrlinge betragen Mk. 1.00, Mk. 1.25, Mk. 1.55 und Mk. 1.90 im ersten, zweiten, dritten und vierten Jahre.

Die Lehrzeit beträgt 4 Jahre. Für Kesselschmiede beträgt die Lehrzeit 3 1/2 Jahre und die Entlohnung Mk. 1.35, Mk. 1.55, Mk. 1.90 und Mk. 2.30.

Für Former beträgt die Lehrzeit 3 1/2 Jahre und die Entlohnung Mk. 1.60, Mk. 1.80, Mk. 2.30 und Mk. 2.50.

Junge Leute im Alter von 15-17 Jahren, welche Lust zur Erlernung eines der obengenannten Handwerke haben, mögen einen selbstgeschriebenen Lebenslauf sowie das letzte Schulzeugnis bis zum 15. April d. Js. an das Schulbüro der Werftschule der Danziger Werft einpenden.

Es wird eine in praktischer sowie theoretischer Hinsicht erstklassige Ausbildung in Lehrlingswerkstatt und eigener Werftschule gewährleistet. (6387)

Diplomaten-Schreibtblsch. Kleine Anzeigen

in unserer Zeitung sind billig und erfolgreich.

Elektrische Bahn.

Tariferhöhung.

Vom 6. April 1922 ab wird der Preis der Fahrkarte auf folgende Beträge erhöht:
 der bisherigen 60 Pf.-Strecken auf 100 Pf.
 70 140
 80 180
 130 250
 140 280
 160 320
 Auf Nachwagen werden doppelte Fahrpreise erhoben.
 Als Quittung für die erhöhten Preise gelten die Fahrkarte für die betreffenden Linien mit dem bisherigen Preisausdruck.
 Die Direktion. (6385)

Bahn-Kranke

werden sofort behandelt. Neue Gebisse, Reparaturen in einem Tage. Spezialität: Gebisse ohne Platte. Gold-Kronen usw. unter voller Garantie.
 Dankschreiben über schmerzloses Zahnziehen. Niedrige Kostenberechnung.

Institut für Zahnleidende

Telef. 2621 Bieffertstadt 71 1 2621
 Durchgehende Sprechzeit von 8-7 Uhr.

Hansa

Spezialfabrik für einfache und elegante Möbel

Verkaufsstelle Breitgasse 59

Telefon 1895 (6261)

Hüte

für Damen und Herren werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten Formen bei sorgfältigster Ausführung in kürzester Zeit

umgepreßt, gewaschen und gefärbt.

Stroh- und Filzhut-Fabrik Hut-Bazar zum Strauß

Annahmestelle nur Lawendelgasse Nr. 6-7. (gegenüber der Markthalle). (f) (6386)

Noch alte Preise!

Ohne Zolilaufschlag!

Feldgraue Joppen	. . . 125 M. u. h.
Damenmäntel	. . . 200 „ u. h.
Kinderanzüge	. . . 100 „ u. h.
Herrenanzüge	. . . 500 „ u. h.
Burschenanzüge	. . . 350 „ u. h.

Militärhosen, Arbeitshosen, Manchesterhosen zu Fabrikpreisen.

Nur in den Verkaufsstellen von

Kurt Becker,

4. Damm 11, 1Tr. u. Häkergasse 9, Laden. Telefon Nr. 6380. (6219)

Kaufe

altertümliche Sachen wie: Bilder, Porzellane: Figuren, Teller, Tassen, ganze Service, Kristallsachen, Riechdöschen, Schnupftabakdosen, Stickeren, Longschale, Crepe-de-Chine-Fächer, Teppiche, insbesondere Gold- und Silbergegenstände, sowie alle Dinge, die ein gewisses Alter haben. (6340)

Elf Jopengasse Elf neben dem Hausfrauenverein

PAUL GEYER

gerichtlich vereidigter Antiquitäten- und Kunstsachverständiger für die Gerichte des Freistaats Danzig.